**Die Linke. Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost:**

**Erklärung zur drohenden Invasion in den Gazastreifen**

Angesichts der drohenden Eskalation des Krieges durch die geplante Invasion der israelischen Armee in den Gaza-Streifen appellieren wir an die deutsche Bundesregierung und die Parteien im Bundestag, sich für einen Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen den Parteien einzusetzen.

Wir erinnern an den Aufruf britischer Persönlichkeiten, die der „Guardian“ am 9. Januar 2009 veröffentlichte, nachdem die israelische Armee mit ihrer Bodenoffensive „Gegossenes Blei“ in den Gaza-Streifen eingedrungen war und entsetzliche Zerstörungen mit über 1300 Toten hinterließ:

„Die Massaker in Gaza sind die letzte Phase eines Krieges, den Israel seit mehr als 60 Jahren gegen die Menschen Palästinas führt. Das Ziel dieses Krieges hat sich nie geändert: die überwältigende Militärmacht zu nutzen, um die Palästinenser als politische Kraft auszumerzen, eine Kraft, die fähig ist, sich der permanenten Aneignung ihres Landes und ihrer Ressourcen zu widersetzen. Israels Krieg gegen die Palästinenser hat Gaza und die Westbank in zwei gigantische, politische Gefängnisse verwandelt. Es gibt keinerlei Symmetrie in diesem Krieg hinsichtlich der Prinzipien, der Taktik und Wirkungen. Israel ist verantwortlich dafür, ihn begonnen und intensiviert zu haben ...“

Weiter heißt es: „Israel muss anerkennen, dass seine Sicherheit von Gerechtigkeit und friedlicher Koexistenz mit seinen Nachbarn abhängt und nicht vom verbrecherischen Einsatz von Gewalt. Wir glauben, Israel sollte seinen Angriff auf Gaza unverzüglich und bedingungslos beenden, die Besatzung der Westbank beenden, jeden Anspruch auf Besitz oder Kontrolle von Gebieten jenseits der Grenzen von 1967 aufgeben.“

Nichts hat sich seither an der Blockade des Gazastreifens geändert, sie ist nur durch ihre Dauer und Gnadenlosigkeit immer unerträglicher geworden. So musste es zum Ausbruch aus diesem Gefängnis kommen. Inzwischen bekommt Gaza keinen Strom, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff mehr, wie es der israelische Verteidigungsminister Gallant angekündigt hat. Eine Blockade, die schon 2009 gegen das humanitäre Völkerrecht verstieß, droht unter der Devise von Gallant: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und handeln entsprechend“, in unvorstellbare Gewalt und Zerstörung auszuarten und alle Prinzipien des Völkerrechts zu verhöhnen.

Nichts, auch nicht die brutale Ermordung Hunderter Menschen in Israel, kein Verteidigungsrecht rechtfertigt diesen weiteren Völkerrechtsbruch und eine Vergeltung mit unverhältnismäßiger Gewalt, wie die angekündigte Bodenoffensive. Dies muss die Bundesregierung erkennen und alles unternehmen, die Gewalt von beiden Seiten durch einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu stoppen, um einen Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Region ohne Besatzung und Apartheid zu ebnen.

 12.10.2023